

# «So viel Leid an einem Ort habe

Bundespräsident Cassis hat doch noch die Ukraine besucht. Er schildert seine Eindrücke und sagt, wie die Schweiz den Kriegsoptionen helfen will. Zudem stellt er sich Fragen zu seiner erfolglosen Europapolitik – für die er neue Chancen sieht.

Interview: Stefan Bühler

**Sie waren letzte Woche für einen Tag in Kiew. Welches war für Sie der eindrücklichste Moment?**

**Ignazio Cassis:** Meine Besuche in zwei Ortschaften nördlich von Kiew haben mir das Mass der Zerstörung und das Leiden der Menschen vor Augen geführt, das richtiggehend spürbar wurde. Das war sehr eindrücklich.

**Was haben Sie dort gesehen?**

In einem Quartier in Borodjanka, das fast vollständig durch Artilleriebeschuss zerstört worden ist, habe ich mit einer Gruppe von Damen gesprochen. Sie frieren zu Hause, weil sie keine Fenster mehr haben. Und die lokalen Behörden können nicht helfen, weil ihnen die Ressourcen und das nötige Material fehlen. An einem anderen Ort habe ich eine Mutter mit drei kleinen Kindern getroffen, die in einem Holzhaus wohnen, das von einer Ostschweizer Firma fertiggestellt worden ist. Diese Familie schätzt sich im Vergleich zu vielen anderen glücklich: Sie hat immerhin ein Haus, das sie vor der Kälte schützt.

**Haben Sie schon einmal eine vergleichbare Situation angetroffen wie nun in Kiew?**

Nein, so viel Zerstörung, so viel Leid an einem Ort habe ich noch nie erlebt. Ich war im Irak oder im Libanon. Das war auch sehr bedrückend. Aber emotional hat mich noch nichts so sehr berührt wie nun dieser Besuch in der Ukraine.

**Wie kann die Schweiz den Kriegsoptionen rasch helfen?**

Die Bedürfnisse, um den Winter zu

überstehen, sind immens. Es mangelt an vielem: An Geld, an Handwerkern und an Material, das benötigt wird für die Reparatur des von den Russen gezielt zerstörten Stromnetzes. Die Schweiz kann gerade im Bereich der Infrastruktur dank dem Know-how unserer Unternehmen konkrete Hilfe leisten. Im Moment läuft zudem eine weitere Lieferung von Schweizer Hilfsgütern mit Material zur Brandbekämpfung und Trümmerräumung.

**Können Sie sagen, wer mitmacht?**

Nein, dafür ist es zu früh. Wir arbeiten unter Hochdruck an Hilfe im Energiesektor und der Schaffung von Unterkünften. Wir haben unsere Unterstützung der Ukraine in diesem Jahr mehr als verdoppelt. Auch die rund 130 Millionen Franken der Glückskette sind hilfreich.

**Als im Sommer andere Staatschefs schon lange nach Kiew gereist waren, blieben Sie in der Schweiz. Es gebe keinen Grund zu reisen, sagten Sie damals. Nun, da Kiew wieder stärker unter Beschuss steht und die Lage deutlich unsicherer ist, reisten Sie. Warum gerade jetzt?**

Der Besuch war notwendig. Es ging darum abzuklären: Wo stehen wir? Welches sind die Bedürfnisse? Wie kann die Schweiz helfen? Im Juli hatten wir eine grosse Delegation der Ukraine an der Wiederaufbaukonferenz in Lugano. Wir haben damals gemeinsam vieles in die Wege geleitet. Nun bestand ein klares Bedürfnis nach einem persönlichen Kontakt, um den weiteren Weg zu besprechen. Und es war wichtig, dies vor der Konferenz zum Wiederaufbau in

Berlin zu tun. Mit dem Besuch wollte ich auch ein Zeichen der Solidarität setzen zu einem Zeitpunkt, wo Kiew wieder mit Raketen angegriffen wird. Präsident Selenski und Premierminister Schmyhal haben es sehr geschätzt, dass ich ihre Einladung vom Juli wahrgenommen habe.

**Haben die beiden Forderungen an die Schweiz gestellt?**

Forderungen ist das falsche Wort. Ich habe konkret gefragt, wie wir sie am besten unterstützen können. Und da gibt es vieles: Die Finanzierung des Wiederaufbaus ist ein grosses Thema, aber auch schnelle Hilfe im Hinblick auf den kommenden Winter. Es gilt jetzt schnell, wirksam und koordiniert zu handeln.

**Wie sehr geht es bei dieser Hilfe darum zu verhindern, dass weitere Zehntausende Menschen aus der Ukraine nach Westeuropa und auch in die Schweiz flüchten?**

Hilfe vor Ort ist das grosse Stichwort. Selbstverständlich sorgen wir weiterhin für die Flüchtlinge in der Schweiz. Aber die Botschaft der Regierung in Kiew ist deutlich: «Wir wollen, dass unsere Leute zurückkehren, wir brauchen sie für den Wiederaufbau.» Es gibt also ein beidseitiges Interesse, dass die Leute vor Ort die Möglichkeit haben, den Winter zu überstehen.

**Am Dienstag reisten Sie dann nach Berlin an die Wiederaufbaukonferenz der G7 und der EU. Sie standen zwischen Bundeskanzler Olaf Scholz und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Was bedeutet Ihnen diese Einladung?**



Der Schweizer Bundespräsident Ignazio Cassis (rechts) unterhält sich bei seinem Besuch in Kiew mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenski.  
Bild: EDA/Pascal Lauener

## So positionieren sich die wichtigsten europäischen Länder im Krieg

**Giorgia Meloni**

### Zwischen den Fronten

Italiens neue Ministerpräsidentin Giorgia Meloni wird nicht müde, Präsident Wolodymyr Selenski und die Nato-Alliierten von ihrer stramm pro-westlichen Haltung überzeugen zu wollen. Ihr Problem ist bloss: Sie teilt sich die Regierungskoalition mit zwei ausgesprochenen Russland-Freunden. Der eine, Silvio Berlusconi, erhält von Putin 20 Flaschen Wodka zu seinem Geburtstag und tauscht mit dem Kreml-Herrscher «süsse Briefe» aus. Der andere, Lega-Chef Matteo Salvini, wird den Verdacht nicht los, seine Partei mit Geld aus Russland finanziert zu haben. Am meisten Kopfzerbrechen könnte Meloni aber die Tatsache machen, dass in Italiens Bevölkerung wegen der hohen Energiepreise bald die Zustimmung zu den Sanktionen wegbrechen könnte. Hat die Rechtspolitikerin die Stärke, der Kritik aus dem Volk zu trotzen? (rhe)



**Rishi Sunak**

### Voll auf der Johnson-Linie

Sein Vorgänger ist in der Ukraine wegen der frühen Waffenlieferungen so etwas wie ein Heiliger. Aber der neue Premierminister Grossbritanniens, Rishi Sunak, will Boris Johnson in nichts nachstehen. Gleich nach seiner Amtseinstellung rief er als Erstes den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenski an und versicherte, er könne auf den ungebrochenen Beistand seines Landes zählen. Tatsächlich ist Grossbritannien neben den USA der stärkste Alliierte Kiews. Schon bald dürfte Sunak zum Besuch in Kiew aufkreuzen. Wie ungebrochen Sunaks Unterstützung sein wird, muss sich angesichts der finanziellen Schwierigkeiten zeigen. Nächste Woche soll das Verteidigungsbudget festgelegt werden. Im Sommer hatte Sunak die von Verteidigungsminister Ben Wallace geforderten drei Prozent der Wirtschaftsleistung abgelehnt. (rhe)



**Frank-Walter Steinmeier**

## Die Fehler seiner Osteuropa-Politik wirken nach

Die Ukraine will Panzer. Berlin bietet bloss Städtepartnerschaften.

**Hansjörg Friedrich Müller, Berlin**

Am Freitag hat der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier eine Grundsatzrede zum Ukraine-Krieg und dessen Auswirkungen gehalten. Die Ansprache war mit einiger Spannung erwartet worden, steht Steinmeier doch seit dem russischen Überfall wegen der russlandfreundlichen Politik, die er als Minister unter Gerhard Schröder und Angela Merkel betrieben hat, in der Kritik.

Insgesamt handelte seine Rede mehr von den Sorgen und Nöten der Deutschen als vom Leid der Ukrainer. Steinmeier beschwor den gesellschaftlichen Zusammenhalt und sprach von

Opfern, die alle nun bringen müssten.

Der deutsche Bundespräsident ist der Letzte aus dem engeren Umfeld Schröders, der noch ein hohes Amt innehat. Vereinzelt wurde seit dem russischen Einmarsch sein Rücktritt gefordert. Wie kein Zweiter verkörpert Steinmeier die Osteuropa-Politik seines Landes, mit all ihren Fehlern und mehr oder weniger zaghaften Versuchen, es nun doch noch richtig zu machen.

Aus der Ukraine kommt derweil weiter Kritik an Deutschland. Dabei steht vor allem die Frage der Waffenlieferungen im Mittelpunkt. Deutsche Panzerfäuste, Flugabwehrraketen oder Panzerhaubitzen werden mitt-

lerweile in die Ukraine exportiert; schweres Gerät wie der Schützenpanzer Leopard 2 nach wie vor nicht. Auch andere Nato-Länder lieferten keine Kampfpanzer, rechtfertigt sich Berlin, während die Ukrainer erklären, bei der Rückeroberung russisch besetzter Gebiete wären diese beiden Panzertypen besonders hilfreich.

Auch Steinmeier mochte bei seinem Ukraine-Besuch Anfang Woche in dieser Hinsicht nichts versprechen. Dass er dabei den Einwohnern von Korjukiwka stattdessen das Angebot einer Städtepartnerschaft aus dem Schwarzwaldort Waldkirch überbrachte, wirkte zwar rührend, aber auch ein wenig naiv.

# ich noch nie erlebt»

Sie bedeutet, dass wir in Lugano den ersten Schritt getan haben auf einem langwierigen Weg des Wiederaufbauprozesses, der nicht warten kann, bis der Krieg zu Ende ist. Der Wiederaufbau ist die grösste Hoffnung, die wir den Menschen in der Ukraine geben können, er liefert eine Perspektive. Dafür müssen wir jetzt handeln: Bis Ende Jahr sollte die Plattform definiert werden, um die unmittelbare Hilfe für diesen Winter, aber auch die Finanzierung des Wiederaufbaus zu koordinieren und in die Tat umzusetzen. Es ist eine riesige Aufgabe: Damit die ukrainischen Behörden überhaupt weiter funktionieren können, sind Milliarden pro Monat nötig.

## Wie viel zahlt die Schweiz?

Diese Frage ist verfrüht. Jetzt geht es darum, Zuständigkeiten zu definieren, damit sich die internationale Gemeinschaft organisieren kann.

## Ist es nicht so, dass mit den G7 in Berlin nun die grossen Mächte sagen, was läuft, und die Schweiz ins zweite Glied zurücktritt?

Die Schweiz hat gemeinsam mit der Ukraine in Lugano den Startschuss gegeben. Die Prinzipien von Lugano bildeten in Berlin den Rahmen für den Wiederaufbauprozess. Wenn die Konferenz in Berlin etwas gezeigt hat, dann, dass auch ein einzelnes Land, und sei es so gross wie etwa Deutschland, nicht in der Lage sein wird, diesen Prozess allein zu steuern. Es ist eine Gemeinschaftsaufgabe, in der die Schweiz ihre Rolle spielen und Nischenfunktionen übernehmen kann.

## Mit Ihrem Auftritt gesellten Sie sich zu jenem Kreis westlicher Mächte, die die Ukraine auch militärisch unterstützen. Wie verträgt sich das mit der Schweizer Neutralität?

Gut, solange man klar sagt, dass die Schweiz keine Waffen liefern oder Truppen stellen kann. Unsere Neutralität bedeutet nicht Gleichgültigkeit. Es gibt genug andere Aufgaben, die wir

übernehmen können, zum Beispiel in der Nothilfe, der Diplomatie, aber auch bei der demokratischen Entwicklung und den Reformen der Ukraine, wo sich die Schweiz bereits seit Jahren stark engagiert.

## Trotzdem: Wladimir Putin und US-Präsident Biden haben beide gesagt, die Schweiz sei nicht mehr neutral. Auch Präsident Selenski hat die Neutralität in Frage gestellt. Nur der Bundesrat sagt etwas anderes. Wäre es nicht ehrlicher zu sagen, die Schweiz kann bei einer so krassen Verletzung des Völkerrechts, wie sie Russland begeht, gar nicht neutral bleiben?

Nein, wir sind und bleiben neutral. Wir beteiligen uns weder mit Truppen noch mit Waffen am Krieg. Aber wir stehen ein für Freiheit, Demokratie und unsere Werte. Und das ist mit unserer Neutralität absolut vereinbar.

## Sie haben im Sommer den Begriff der kooperativen Neutralität ins Spiel gebracht. Der Bundesrat hält aber an der Neutralität fest, wie sie seit 1993 gilt. Was hätte die kooperative Neutralität Neues gebracht?

Mit der kooperativen Neutralität hätte die Schweiz das Neutralitätsrecht weiterhin vollumfänglich beachtet, es aber noch stärker zu Gunsten der aussen-

«Mehr Europa heisst nicht einfach mehr EU, sondern eine Diskussion mit allen europäischen Ländern.»

und sicherheitspolitischen Kooperation mit Partnerstaaten ausgelegt. Dies hätte auch gesetzliche Anpassungen mit sich gebracht. So hätte zum Beispiel bei Partnerstaaten auf Nichtwiederausfuhr-Erklärungen bei Kriegsmaterial-Exporten verzichtet werden können.

## Sie haben in Berlin EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen getroffen. Kamen die Beziehungen Schweiz-EU dabei zur Sprache?

Ja, ich habe sie getroffen und wir hatten ein Gespräch über den Stand der Sondierungsgespräche und die technischen Diskussionen.

## Was hat herausgeschaut?

Dass ein Verhandlungsmandat dann in Frage kommt, wenn es reelle Chancen gibt, Lösungen für jene Knackpunkte zu finden, die den Bundesrat veranlassen, die Verhandlungen über das Rahmenabkommen zu beenden. Daran arbeiten wir jetzt intensiv in den Sondierungen und in den technischen Gesprächen. Vor allem bei den Fragen zur Personenfreizügigkeit gibt es im Moment noch Differenzen.

## Sie haben das EU-Dossier 2017 übernommen und es seither keinen Schritt weitergebracht. Ausser Reorganisationen im Organigramm des Bundes tut sich nichts. Wann geht es endlich weiter?

Der Bundesrat hat im Mai 2021 entschieden, das Rahmenabkommen nicht zu unterzeichnen, weil bei zentralen Themen wie dem Lohnschutz und der Personenfreizügigkeit zu grosse Differenzen bestanden. Nun arbeiten wir daran, einen kleineren Schritt zu machen in Richtung unseres wichtigsten Wirtschaftspartners, mit dem wir auch eine Wertegemeinschaft bilden.

## Wir stehen wegen der Energiekrise vor einem ungewissen Winter und sind mangels Energieabkommen in Europa isoliert. Wird die Energiekrise die Schweiz zu Kompromissen gegenüber der EU zwingen?

Ich glaube nicht. Falls es zu einer Einigung mit der EU kommt, dann ist es nicht wegen der Energiekrise. Aber selbstverständlich spielt der Krieg in der Ukraine eine Rolle. Mittelfristig sind wir mit einem riesigen sicherheitspolitischen Problem in Europa konfrontiert: Die Sicherheitsarchitektur, die mit der Schlussakte von Helsinki zur Schaffung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der OSZE, 1975 geschaffen wurde, ist in Frage gestellt. Wir müssen unsere Position finden. Es geht um die Sicherheit des Landes, um die Freiheit und Rechte unserer Bevölkerung.

## Wissen Sie, wie diese Position der Schweiz aussehen könnte?

Nein, weil wir noch nicht wissen, wie die europäische Position aussehen wird. Kürzlich hat die EU all jene europäischen Staaten nach Prag eingeladen, die nicht Mitglied in der Union sind. Es zeigte sich, dass diese sogenannte neue Europäische Politische Gemeinschaft in der gegenwärtigen Phase ihren Wirtschaftsraum schützen und gemeinsam wettbewerbsfähig sein muss. Es geht um die Frage: Wie stärken wir den europäischen Kontinent?

## Die Abhängigkeit von russischem Gas erwies sich als fatal. Noch viel grössere Abhängigkeiten gibt es vom autokratischen China. Heisst weniger Russland und China nicht automatisch: mehr Europa?

Ja, bis zu einem gewissen Grad ist das die natürliche Konsequenz des aktuellen Kriegsgeschehens. Wir sind eine Wertegemeinschaft. Aber mehr Europa heisst nicht einfach mehr EU, sondern eine Diskussion mit allen europäischen Ländern. Wir müssen mit unseren Nachbarn eine Gemeinschaft bilden, die so stark wie möglich ist, damit wir weltweit konkurrenzfähig und sicherheitsmässig auch geschützt sind. Auch die Beziehung der Schweiz zur EU ist unter dieser neuen Ausgangslage zu betrachten: Sie ist nicht einfacher, aber es eröffnen sich auch Chancen.



Ukraine-Besuch: Deutschlands Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (l.) bei Präsident Wolodymyr Selenski.  
Bild: Keystone

## Emmanuel Macron Halbherzige Bekennnisse

Seit Kriegsausbruch im Februar steht Frankreichs Präsident Emmanuel Macron im Verdacht, die Ukraine nur halbherzig zu unterstützen. Grund dafür sind Aussagen, wonach man Russland «nicht demütigen» dürfe und die – alleamt gescheiterten – Versuche, mit Wladimir Putin ins Gespräch zu kommen. Allgemein herrscht das Gefühl, die grösste Militärmacht in der Europäischen Union könnte etwas mehr tun. Dies, auch wenn die von Frankreich gelieferten César-Haubitzen den ukrainischen Streitkräften auf dem Schlachtfeld guten Dienst erweisen und das persönliche Verhältnis zwischen Macron und Selenski eng ist. Zuletzt irritierte Macron mit der Aussage, die Nuklearmacht Frankreich würde untätig bleiben, wenn Putin Atomwaffen in der Ukraine einsetzt. Damit wich er von der bisherigen Praxis ab, niemals die Details einer möglichen Nuklearantwort zu verraten. (rhe)

